Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/86

04. 02. 77

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 9. Februar 1977
am Donnerstag, dem 10. Februar 1977

Seite

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

1. Abgeordneter **Dr. Penner** (SPD)

Warum ist es am Nachmittag des 28. Januar 1977 über dem Luftraum in Wuppertal-Barmen zu einem Beinahezusammenstoß zwischen einem kanadischen Passagierflugzeug und einer Militärmaschine gekommen?

2. Abgeordneter **Dr. Penner** (SPD)

Ist unser Flugsicherungssystem verbesserungsbedürftig, und wenn ja, in welcher Hinsicht?

3. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Welche Strecken sollen im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn im bayerischen Grenzland stillgelegt werden und in welchem Zeitraum?

4. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Welche Pläne liegen zur Personaleinsparung bei der Deutschen Bundesbahn vor?

5. Abgeordneter **Dr. Luda** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die bisher ermittelten Vergleichszahlen über die Unfallhäufigkeit auf den Bundesautobahnen insoweit als überholt anzusehen sind, als es sich um neuere Autobahnstrecken in gebirgigem Gelände handelt, die jetzt erstmals einer längeren Periode kalten und schneereichen Winterwetters ausgesetzt sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

6. Abgeordneter **Dr. Luda** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß bezüglich der neueren gebirgigen Autobahnstrecken, die sich auf Grund des nun seit Jahren erstmals wieder aufgetretenen länger anhaltenden Winterwetters als besonders unfallträchtig herausgestellt haben, die Anordnung folgender weiterer Sicherungsmaßnahmen erwogen werden sollte: Anbringung situationsgerechter Sonderbeschilderungen drastisch-suggestiven Charakters (Totenkopf-Symbol mit Hinweis auf Unfallzahlen oder dergleichen) auch in den Bundesländern, in denen bisher auf derartige außerordentliche Warnschilder verzichtet worden ist, Einsatz automatisch oder zentral zu steuernder Nebel- und Glatteiswarnanlagen an besonders nebel-, schnee- oder glatteisgefährdeten Autobahnen und Installation weithin sichtbarer Windsäcke an besonders gefährlichen Talbrücken nach bewährtem hessischen Vorbild?

7. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine baldige Harmonisierung der wettbewerbsverzerrenden unterschiedlichen Vorschriften und Normen innerhalb der EG bei landwirtschaftlichen Schleppern (Beifahrersitz, Höchstgeschwindigkeit, Umsturzbügel, Handbremse, Führerscheinpflicht, TÜV-Überwachung) voranzutreiben?

8. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die besorgten Ermahnungen anerkannter Vertreter der Verkehrs- und Unfallmedizin, daß durch das Tragen von Schutzhelmen das Risiko für die Fahrer von Mopeds, Mofas u. ä., bei Unfällen schwere oder tödliche Verletzungen zu erleiden, ganz erheblich gemindert werden kann, und gedenkt sie, für diesen Teilnehmerkreis am Straßenverkehr in Abänderung des § 21 a Abs. 2 Satz 2 StVO das Tragen von Schutzhelmen während der Fahrt zur Pflicht zu machen?

9. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Hält es die Bundesregierung mit den Zielen der Ausbildungsplatzförderung für vereinbar, daß die Deutsche Bundesbahn im Jahr 1977 die Zahl der Ausbildungsstellen beim Bahnbetriebswerk Bebra um 50 % und bei der Fahrleitungsmeisterei Fulda um 30 % zu kürzen beabsichtigt?

10. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Wie kann nach Ansicht der Bundesregierung die im Bereich der Bundesbahndirektion Frankfurt zum Teil nur zur Hälfte belegte Ausbildungskapazität für Maschinenschlosser und Elektroanlageninstallateure für Jugendliche besser genutzt werden?

11. Abgeordneter **Dr. Mende** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den gegenwärtigen Sachverhalt, daß viele Tausende deutscher Staatsbürger bei Seereisen auf Schiffe der kommunistischen Staatshandelsländer, vor allem der Sowjetunion, angewiesen sind, da lediglich ein einziges deutsches Fahrgastschiff, MS „Europa" der Hapag-Lloyd Bremen, zur Verfügung steht, und ist die Bundesregierung bereit, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Passagierschiffahrt auf dem Gebiet der internationalen Seetouristik durch geeignete Maßnahmen wiederherzustellen?

12. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Liegen inzwischen die Ergebnisse der Modelluntersuchungen in sieben ausgewählten Testgebieten vor, die im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines optimalen Streckennetzes der Deutschen Bundesbahn angestellt worden sind, und an wen sind gegebenenfalls die entsprechenden Ergebnisberichte versandt worden?

13. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Hat in letzter Zeit das Bundesverkehrsministerium über das Ergebnis der angestellten Modelluntersuchungen Behörden und sonstige Stellen mündlich informiert, und wenn ja, aus welchem Grund sind die Wahlkreisabgeordneten in den betreffenden Testgebieten nicht informiert worden, sei es durch Zustellung der Ergebnisberichte oder auf sonstige Weise?

14. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Ist beabsichtigt, den Bundesbahngüterverkehr von Gießen nach Koblenz von der Lahnstrecke wegzunehmen und über Frankfurt zu leiten?

15. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost rechtskräftig verurteilt worden ist, für über 10 000 in der Sowjetunion beschlagnahmte Postsendungen Schadensersatz (in welcher Höhe) zu leisten, und was unternimmt die Bundesregierung, um an der Sowjetunion Regreß zu nehmen?

16. Abgeordneter **Dr. Müller** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Einführung von Telefonnahverkehrsnetzen, wie sie zur Zeit vorbereitet werden, in den strukturschwachen Grenzgebieten zur Tschechoslowakei und Österreich erhebliche Benachteiligungen der Telefonteilnehmer entstehen, und ist der Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, der als Bundesminister für Verkehr auch für Fragen der Strukturpolitik zuständig ist, bereit, neue Ungerechtigkeiten in strukturschwachen Gebieten zu verhindern?

17. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Treffen Presseberichte zu, wonach im Bereich der Bundesbehörden etwa 20 000 Pflichtplätze nach dem Schwerbehindertengesetz nicht besetzt sind und vom Bund somit monatlich rund zwei Millionen DM an Ausgleichsabgaben zu zahlen sind?

18. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Falls dies zutrifft, hält die Bundesregierung diesen Sachverhalt angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen bei Schwerbehinderten für vertretbar, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. wird sie in die Wege leiten, um diesen Sachverhalt zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

19. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Ost-Berlin Einwohnern von West-Berlin immer häufiger die Einreise verweigert, so daß die Zahl der Zurückweisungen im Januar bis jetzt schon höher ist als in den ersten drei Monaten des vergangenen Jahrs, und zu welchen Schlußfolgerungen gibt dies – bejahendenfalls – der Bundesregierung Anlaß?

20. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Verbirgt sich hinter der Feststellung von Staatssekretär Höhmann in der Hessischen Allgemeinen vom 18. Januar 1977, daß die Zonenrandförderung in diesem Jahr nicht „abgebaut oder mit halber Kraft weitergeführt werden soll“, die Absicht der Bundesregierung, diese Maßnahme nach dem Jahr 1977 substantiell zu verändern, oder was versteht die Bundesregierung unter dem bei dieser Förderung angeblich bisher angewandten „Gießkannenprinzip“?

21. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den derzeitigen Aufenthalt der Kinder Ota Grübel (geb. 12. Juli 1969) und Jeanette Grübel (geb. 2. September 1970), und wann schätzt die Bundesregierung, daß diese Kinder mit ihren Eltern, Otto und Bärbel Grübel, zusammengeführt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

22. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zu einer Beschleunigung des Asylverfahrens im Interesse der Asylsuchenden und des deutschen Steuerzahlers beizutragen, indem sie die Zahl der Ausschüsse beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, die über die Asylanträge zu entscheiden haben, um das erforderliche Maß vermehrt?

23. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Aktivitäten der militant-faschistischen Mun-Sekte, deren Zielsetzung mit dem Grundgesetz unvereinbar zu sein scheint, in der Bundesrepublik Deutschland zu unterbinden, die einem Bericht der Westfälischen Rundschau vom 22. Dezember 1976 zufolge junge Menschen aus Familie, Beruf und sozialer Verantwortung herausreißt und sie zu willenlosen Werkzeugen des Sektenoberhauptes macht?

24. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Besteht im Rahmen der allgemeinen Störfallmeldepflicht bei Störfällen kerntechnischer Anlagen, z. B. bei Kernkraftwerken, auch eine Meldepflicht für Störfälle, die sich vor Inbetriebnahme, z. B. während des Baues solcher Anlagen, ereignen?

25. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Treffen Presseberichte zu, wonach das Bundesamt für Verfassungsschutz über in der Bundesrepublik Deutschland lebende iranische Staatsbürger vor allem Studenten Erkenntnisse an iranische Behörden weitergibt, und wie weit geht die, solchen Erkenntnissen vorausgehende, ständige Observierung iranischer Staatsbürger in der Bundesrepublik Deutschland?

26. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Ist aus der in den Richtlinien für die Prüfung der Staatsangehörigkeit und Namensführung der Aussiedler im Grenzdurchgangslager Friedland vom 29. Juli 1976 enthaltenen Formulierung, „zum Inland . . . haben bis zum Inkrafttreten des Warschauer Vertrags . . . am 3. Juni 1972 . die polnisch verwalteten Gebietsteile des Deutschen Reichs gehört . . . " zu schließen, daß die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nach Auffassung der Bundesregierung seit dem Inkrafttreten des Warschauer Vertrags als Ausland zu betrachten sind, und wie vereinbart sich dies gegebenenfalls mit den einschlägigen Entscheidungen des Bundesverfassungs- und Bundessozialgerichts?

27. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung der kürzlich in zweiter Auflage erschienene „Leitfaden für die Gruppenarbeit" der DKP bekannt, und teilt sie die Auffassung, daß dieser Leitfaden ein wichtiges Dokument für die innerparteiliche Arbeit und Struktur der DKP ist?

28. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder in geeigneter Form darauf hinzuweisen, welche Bedeutung dieses Dokument für die Beurteilung der aus der Mitgliedschaft in der DKP sich ergebenden Folgerungen hinsichtlich der Eignung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst hat?

29. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Wie groß ist die Zahl der Bürger, die seit 1973 durch den Verfassungsschutz des Bundes auf ihre „Verfassungstreue" überprüft wurden, und sieht die Bundesregierung diese Überprüfungen – auch unter dem Gesichtspunkt des finanziellen Aufwands – als nützlich bzw. effektiv und sinnvoll und vor allem als gerechtfertigt an?

30. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Überprüfungen auf „Verfassungstreue" als „Gesinnungsschnüffelei" anzusehen sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

31. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in dem derzeitigen Stand der Bekämpfung der Kriminalität durch die dafür zuständigen Kriminalpolizeibehörden der Länder einen Anlaß, sich für die Schaffung einer Bundeskriminalpolizei einzusetzen, um zu einer wirkungsvolleren Verbrechensbekämpfung zu kommen?

32. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Ist dagegen Vorsorge getroffen, daß das Kampfmittel „chemische Keule" – dessen Wirkstoff CN nach Aussagen von Wissenschaftlern zu bleibenden Gesundheitsschäden führt, wenn nicht unmittelbar nach Einwirkung dem Verletzten medizinischer Beistand geleistet wird – nicht von Zivilpersonen erworben und eingesetzt wird, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine Initiative ergreifen, um den Einsatz des Kampfmittels CN durch Zivilpersonen zu unterbinden?

33. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Gehört die „chemische Keule" zur Waffenausrüstung des Bundesgrenzschutzes als Polizei des Bundes, und durch welche Rechtsvorschriften wird gegebenenfalls der Einsatz von CN geregelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

34. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Erwägt die Bundesregierung, Deutsche aus der „DDR" wegen in der „DDR" begangener Straftaten nicht mehr zu verfolgen und sie nach einer Festnahme wieder in die „DDR" abzuschieben, und wenn ja, will die Bundesregierung auf diese Weise die Betroffenen einerseits der Strafverfolgung der „DDR"-Behörden unter Umständen wegen völlig anderer Delikte ausliefern und andererseits von der Strafverfolgung auf Grund von Erkenntnissen der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter freistellen?

35. Abgeordneter **Weißkirchen (Wiesloch)** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in dem Umstand, daß in urheberrechtlichen Verwertungsgesellschaften auch Rechteanbieter (Nichturheber) als gleichberechtigte Mitglieder oder Wahrnehmungsberechtigte vertreten sind, die keine Nutzungsrechte, Einwilligungsrechte oder Vergütungsansprüche auf die Verwertungsgesellschaft übertragen, aber dennoch über maßgeblichen Einfluß auf die Geschäftsführung und die Verteilungsschlüssel der Verwertungsgesellschaften verfügt und erhebliche Anteile an den Ausschüttungen erhalten, einen Anlaß, gesetzgeberische Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, die Rechte künstlerischer Urheber, über die vermögenswerten Ergebnisse ihrer schöpferischen Leistungen in eigener Verantwortung zu verfügen, zu schützen?

36. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den Gesetzentwurf zur Änderung sachen- und grundbuchrechtlicher Vorschriften, insbesondere zur Änderung des § 1179 BGB, im Bundestag einzubringen?

37. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei den jüngsten Bundestagswahlen die Wahlbeteiligung wahlberechtigter Bürger in Justizvollzugsanstalten deutlich unter dem Bundesdurchschnitt der Wahlbeteiligung lag, weil für einen Teil der Gefangenen die erforderlichen Wahlunterlagen nicht beschafft werden konnten, da weder die Inhaftierten noch die Anstaltsleitungen wußten, bei welcher Kommune der einzelne Gefangene polizeilich gemeldet ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

38. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, dem Deutschen Bundestag Vorschläge zur Änderung der gesetzlichen Grundlagen für die Bundestagswahlen zu unterbreiten, die sicherstellen, daß alle wahlberechtigten Insassen von Justizvollzugsanstalten künftig an Wahlen teilnehmen können?

39. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wird der Bundesjustizminister bei dem angekündigten Gespräch mit dem Justizminister der Volksrepublik Polen außer der Verfolgung der Verbrechen an Polen auch im Sinne des Legalitätsprinzips die Frage ansprechen, ob die Volksrepublik Polen nunmehr bereit ist, auch die notwendigen innerstaatlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Strafverfolgung von Mordtaten an deutschen Heimatvertriebenen in die Wege zu leiten, deren besondere Grausamkeit z. B. im Lager Lamsdorf wiederholt Gegenstand der Fragestunden im Bundestag und rechtsgültiger Urteile war, deren Täter sich im polnischen Machtbereich befinden?

40. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Ist das Feilbieten kriegshetzerischer Veröffentlichung in Bild, Schrift und Ton – wie das Feilbieten einer Langspielplatte mit dem Stukalied, Bomben auf England, Lied der Panzergrenadiere, Frankreichlied, Vorwärts nach Osten, Rußlandfanfare, Rot scheint die Sonne – nach geltendem Recht mit Strafe bedroht oder nach Vorschriften außerhalb des Strafrechts unzulässig, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine Initiative ergreifen, um das Feilbieten derartiger Veröffentlichungen zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

41. Abgeordneter **Dr. Graf Lambsdorff** (FDP)

Trifft es zu, daß durch die neue Abgabenordnung die bis 1976 geltenden Aufbewahrungsfristen von zehn Jahren für Handelsbücher und sieben Jahre für Handelsbriefe durch Verknüpfung mit anderen Fristen so relativiert wurden, daß heute eine Maximalfrist nicht errechnet werden kann, auf die sich die deutschen Unternehmen verlassen können, und gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls, eine entsprechende Aufbewahrungsfrist einzuführen, die die notwendige Rechtssicherheit gewährleistet?

42. Abgeordneter **Dr. Graf Lambsdorff** (FDP)	Trifft es zu, daß die deutschen Unternehmen in der Übergangszeit von der alten auf die neue Abgabenordnung durch zweierlei Fristen ihre Organisation doppelspurig einrichten müssen – und zwar für die der alten Fristenregelung unterliegenden Handelsbücher und Handelsbriefe aus der Zeit vor dem 1. Januar 1977 und für die neuen Handelsbücher und -briefe aus der Zeit nach dem 1. Januar 1977 –, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zur Entlastung der Unternehmen zu treffen?
43. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)	Wann wird die Bundesregierung entsprechend dem Auftrag des Bundestages vom 10. Juni 1976 den Bericht über die Auswirkungen der Besteuerung von Stiftungen im Verhältnis zu den Destinatären vorlegen?
44. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)	Wie viele Südtiroler haben bisher Anträge nach dem Reparationsschädengesetz eingereicht, und wie viele der Antragsteller sind bereits gestorben, ohne daß bisher entschieden wurde?
45. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine schnellere Bearbeitung und Verabschiedung der Anträge sicherzustellen?
46. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)	Wie viele Prämien- bzw. Bausparer haben im Jahr 1976 bzw. werden voraussichtlich 1977 auf ihre Vergünstigungen verzichten müssen, weil sie die gesetzlich festgelegten Einkommensgrenzen infolge von vorgenommenen oder zu erwartender Lohnerhöhungen überschritten haben, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?
47. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)	Können die betroffenen Arbeitnehmer – insbesondere die langfristig disponierenden Bausparer – damit rechnen, daß die Einkommensgrenze in absehbarer Zeit erhöht oder die Vorschriften wenigstens insoweit geändert werden, daß die jeweilige Prämie für laufende Verträge ohne Rücksicht auf die Einkommensgrenze gewährt wird?
48. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung aus gegebenem Anlaß darauf hinwirken, daß bei Inbetriebnahme öffentlicher Gebäude des Bundes und seiner Behörden den Geistlichen der Kirchen die Möglichkeit gegeben werden sollte, ein kurzes Segensgebet zu sprechen, insbesondere in Gebieten, in denen die Bevölkerung der Religion sehr eng verbunden ist?
49. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)	Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den zu Recht mit immer größerem Nachdruck vorgebrachten Forderungen nachzukommen und dem Bundestag eine zeitgemäße Erhöhung des seit 20 Jahren festgeschriebenen lohnsteuerlichen Freibetrags von 100 DM für die Zahlung des Weihnachtsgelds vorzulegen, um damit nicht nur der inzwischen eingetretenen Geldwertentwicklung sondern auch der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Zahlung des Weihnachtsgelds in immer größerem Umfang tarifvertraglich abgesichert worden ist?

50. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß eine angemessene Erhöhung des lohnsteuerlichen Freibetrags in Verbindung mit einer gleichzeitigen Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht zu dem notwendigen Entlastungseffekt führen könnte, weil die Lohnsteuerzahler bei einer derartigen Regelung durch höhere Mehrwertsteuerzahlungen, denen sie nicht ausweichen können, einen etwa verbleibenden höheren Teil des Weihnachtsgelds aus eigener Tasche finanzieren würden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

51. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Kennt die Bundesregierung das Urteil des Bundesfinanzhofs (Az. IR 148/73) vom 12. März 1975, wonach Aufwendungen für die Ausbildung von Amateursportlern bei Vereinen, die eine Fußballlizenzspielerabteilung unterhalten, unter das Abzugsverbot des § 12 Nr. 1 KStG fallen, und hält die Bundesregierung es für sachlich gerechtfertigt, daß danach zwar Spenden von Bundesligavereinen an andere Vereine nach § 11 Nr. 5 a KStG abzugsfähig sein können, nicht aber die Zuschüsse an die eigenen Amateurabteilungen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

52. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wurden die vorläufigen Daten über die Auftragseingänge in der Wirtschaft und in den einzelnen Branchen in den Monaten Juni, Juli, August, September, Oktober, November auf Grund der endgültigen Angaben für die jeweiligen Monate durch das Statistische Bundesamt korrigiert?

53. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie erklären sich gegebenenfalls die großen Korrekturen, und inwieweit sind die amtlichen Aussagen zur Konjunkturlage hierdurch beeinflußt worden?

54. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Hat die Bundesregierung im Verlauf der Legislaturperiode bald oder später die Absicht, durch ausreichende Statistiken über die Einkommens- und Vermögensverteilung die Grundlage für eine vorurteilsfreie Diskussion und eine vernünftige Verteilungspolitik zu schaffen?

55. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Aus welchen Gründen ist eine derartige Grundlage bisher nicht geschaffen worden?

56. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Wertet die Bundesregierung – wie in der Süddeutschen Zeitung vom 1. Februar 1977 auf Seite 15 behauptet – den „Rückmarsch" der Lohnquote auf den Wert von 1970 (61,7 %) als Schritt in die richtige Richtung, und welchen Zielwert strebt die Bundesregierung für 1977 an?

57. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie hoch ist der Anteil der Kernenergie am Gesamtenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und in den einzelnen Bundesländern, und welche Folgen hätte nach Auffassung der Bundesregierung die Stillegung sämtlicher in Betrieb befindlicher Kernkraftwerke?

58. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die positiven Erfahrungen im Bereich der Erstinnovationsförderung des Bundeswirtschaftsministers in anderen Bereichen der marktnahen Förderung von Forschung und Entwicklung zu berücksichtigen, und wie beurteilt sie insbesondere den relativ geringen Verwaltungsaufwand beim Bundeswirtschaftsminister im Bereich der Erstinnovationsförderung im Vergleich zu dem hohen Verwaltungsaufwand bei verschiedenen Projekten des Bundesforschungsministers?

59. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, eine Ausweitung der Erstinnovationsförderung durch den Bundeswirtschaftsminister in den nächsten Jahren durchzuführen, und welche Mittel an Forderungen sind auf Grund der bisherigen Antragstellungen in den nächsten Jahren notwendig, um das Programm weiter expansiv abzuwickeln?

60. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich der weiteren Förderung des Airbus und des VFW 614, und wie gedenkt sie sicherzustellen, daß europäische Luft- und Raumfahrtprodukte bei internationalen Ausschreibungen nicht diskriminiert werden?

61. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Ist die Äußerung des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Dr. Riemer, daß durch eine Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung eine Verbesserung der Versorgung mit elektrischer Energie sowohl hinsichtlich günstiger Preise für den Verbraucher als auch hinsichtlich einer größeren Versorgungssicherheit erreicht werden könne mit dem der gleichen Partei angehörenden Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs abgestimmt oder auf noch nicht veröffentlichte Pläne oder Studien im Bundeswirtschaftsministerium zurückzuführen?

62. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Zieht die Bundesregierung in ihrem Entwurf zum Energiewirtschaftsgesetz die Überführung von Energieversorgungsunternehmen in Gemeineigentum in Betracht, oder kann die Bundesregierung mit Verbindlichkeit erklären, daß derartige Pläne und Vorstellungen in keiner Weise erwogen werden?

63. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Verspricht sich die Bundesregierung durch eine Neuordnung der Elektrizitätswirtschaft eine nachhaltige Verbesserung der Lage auf dem Energiemarkt, vor allem im Hinblick auf die Sicherung der zukünftigen Energieversorgung, und wenn ja, wie sollte eine solche Neuordnung aussehen, denkt die Bundesregierung eventuell daran, in ihre Überlegungen eine Verstaatlichung der Energiewirtschaft mit einzubeziehen, wie sie vom Landesminister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr in Nordrhein-Westfalen, Dr. Riemer, angeregt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

64. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft geben über die Quote einwandfrei funktionierender Feldspritzen (Pflanzenschutzgeräte) in den beiden letzten Jahren und kann angegeben werden, ob die Zahl der freiwillig überprüften Geräte wächst?

65. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich die in Nordrhein-Westfalen eingespielte Überprüfung der Feldspritzen auch in anderen Bundesländern durchgesetzt hat, und wie beurteilt die Bundesregierung die künftige Entwicklung?

66. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Wird die Bundesregierung in Anbetracht der norwegischen Forderung, daß deutsche Kutterfischer das Ein- und Auslaufen in die 200 sm-Wirtschaftszone Norwegens sowie wöchentlich die Fangmenge melden müssen, dafür Sorge tragen, daß die deutschen Kutterfischer eine auf norwegische Verhältnisse ausgerichtete Funkanlage erhalten, oder ist die Bundesregierung andernfalls bereit, ein Schiff in den entsprechenden Gewässern zu stationieren, das die Meldungen sammelt und weiterleitet, und welche Kosten würden für ein solches Projekt entstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

67. Abgeordneter **Ziegler** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte festgestellt hat, zum ersten Mal seit längerer Zeit sei es wieder möglich gewesen, mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zu gleichen Rechnungsergebnissen zu kommen, und aus welchen Gründen war dies — bejahendenfalls — von wann bis wann nicht möglich?

68. Abgeordneter **Ziegler** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung allen ihren Berechnungen und Planungen lediglich eine nettolohnbezogene Anpassung der Bestandsrenten um jeweils 6,1 % in den Jahren 1979 und 1980 zugrundelegt, während der Bundeskanzler und der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, es sei noch offen, ob es nur zu einer solchen Mindestanpassung oder einer höheren komme, und wenn ja, warum entspricht die Selbstdarstellung der Bundesregierung nicht ihrem tatsächlichen Verhalten?

69. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, den Kinderzuschuß in der Rentenversicherung auf den jetzigen Betrag von monatlich 152,90 DM festzuschreiben und nicht — wie bisher — zu dynamisieren?

70. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

War die dienstliche Zuleitung eines 13 Seiten starken Papiers des Bundesarbeitsministers Dr. Ehrenberg, das mit dem Satz „Sozialdemokratische Reformpolitik sichern" überschrieben ist, an alle Angehörigen des Bundesarbeitsministeriums als amtliche Weisung gedacht, oder handelt es sich einfach um die Verteilung einer sozialdemokratischen Werbeschrift?

71. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Zuleitung des genannten Papiers unter den Angehörigen des Bundesarbeitsministeriums Unruhe und die Besorgnis weiterer Parteipolitisierung dieses Bundesarbeitsministeriums ausgelöst hat, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

72. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Wann ist damit zu rechnen, daß die See- und Flußfischer in das Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte (GAL) einbezogen werden?

73. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich die Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes negativ auf die Bereitstellung von Stellen für Auszubildende ausgewirkt hat?

74. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Entspricht es der rechtlichen Grundlage, daß freiwillig geleistete Dienstzeiten beim Reichsarbeitsdienst in den dreißiger Jahren nicht als Ersatzzeiten bei der Rentenberechnung anerkannt werden, und wenn ja, sind Änderungen vorgesehen?

75. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung eine Meinung zu der Ansicht des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Heinz Oskar Vetter, gebildet, der nach einer Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 19. Januar 1977 „für seine Organisation ein allgemeines politisches Mandat in Anspruch" nimmt, „vergleichbar dem der politischen Parteien", und wenn ja, welche Meinung ist dies, und haben sich Vertreter der Bundesregierung bereits dazu geäußert?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

76. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen über angebliche Äußerungen des ausgeschiedenen US-Verteidigungsministers Rumsfeld zu, daß der Warschauer Pakt in der Lage sei, gegen den Westen einen Blitzkrieg ohne die sonst üblichen Vorwarnzeichen zu führen, und wie beurteilt die Bundesregierung die militärische Sicherheit Westeuropas angesichts der enormen sowjetischen Aufrüstung?

77. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die bislang veröffentlichte jährliche Bundesstatistik über die Zahl der Kriegsdienstverweigerer — analog der Arbeitslosenstatistik — in Zukunft auch nach regionalen Gesichtspunkten erstellen und veröffentlichen zu lassen?

78. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Trifft es zu, daß das Bundesverteidigungsministerium auf der Errichtung eines Wasserübungsplatzes für Pioniere in einer der landschaftlich reizvollsten Gegenden Frankens — der Mainschleife bei Nordheim — besteht, obwohl durch diese Maßnahme Belange des Landschaftsschutzes verletzt würden und dem Bundesverteidigungsministerium bereits andere Standorte angeboten worden sind, und wenn ja, aus welchen Gründen?

79. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Ist das Bundesverteidigungsministerium bereit, erneut in die Diskussion über die bereits bekannten bzw. über neu von der bayerischen Staatsregierung vorzuschlagende Standorte einzutreten?

80. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der letzten Zeit mehrere Kreiswehrersatzämter ehemalige Angehörige des Bundesgrenzschutzes, die dort eine zweijährige Dienstzeit abgeleistet haben, zum Grundwehrdienst (für neun Monate) einziehen, obwohl nach früherem Recht diese zweijährige Dienstzeit im Gegensatz zur nunmehr geltenden Regelung von drei Jahren vom Grundwehrdienst befreite und der betroffene Personenkreis bei Dienstantritt beim Bundesgrenzschutz auf die Befreiung vom Wehrdienst vertraute, und welche Maßnahmen will sie ergreifen?

81. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Ist es nach Ansicht der Bundesregierung mit den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Verwaltung vereinbar, bei einer erkennbar fehlenden Übergangsregelung zu der Änderung von § 42 des Wehrpflichtgesetzes, sich einfach auf eine Gesetzeslücke zu berufen und selbst im Widerspruchsverfahren keine Abhilfe zu schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

82. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung den in einer Wohnungsmarktuntersuchung des Nürnberger Städtebauinstituts festgestellten Zusammenhang zwischen den fehlenden attraktiven Mietwohnungen in den Städten und der zunehmenden „Stadtflucht" bestätigen, wie beurteilt die Bundesregierung generell die Lage und die künftigen Entwicklungsaussichten des Mietwohnungsbaus?

83. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung insbesondere auch den immer wieder in der Bau- und Wohnungswirtschaft festgestellten Zusammenhang zwischen dem praktischen Erliegen des privaten Mietwohnungsbaus und der Gesetzgebung auf dem Miet- und Wohnungssektor bestätigen, auf welche Gründe sonst führt die Bundesregierung die mangelnde Bereitschaft privater Investoren zurück, sich noch im Mietwohnungsbau zu engagieren?

84. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, durch eine Änderung des Investitionszulagengesetzes die Fertigstellungsfristen bei Gebäuden so zu ändern, daß bauliche Verzögerungen auf Grund einer anhaltend schlechten Wetterlage im Einzelfall noch berücksichtigt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

85. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist die Bundesregierung auch nach der Zuordnung des HSB-Projekts zum Bundesministerium für Forschung und Technologie entschlossen, die geplante Versuchsanlage für Verkehrstechniken im Donauried zu errichten?

86. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Donauried von seiten der bayerischen Staatsregierung für den Fall der Nichtverwirklichung des HSB-Projekts bei den Standortüberlegungen für künftige Atomkraftwerke eine Rolle spielen soll, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

87. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit angereichertem Uran, und wie beurteilt sie insbesondere die jüngsten Schwierigkeiten beim Bau von Anlagen nach dem GUZ-Verfahren im Rahmen des deutsch-britisch-niederländischen Abkommens?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

88. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um sicherzustellen, daß auch solche Kinder Leistungen des BAFöG in Anspruch nehmen können, deren Eltern getrennt leben, ein Elternteil für die Familie aber unerreichbar ist, weil der im Ausland lebt und für die Berechnung von Einkommen und Vermögen nicht herangezogen werden kann?

89. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Welches sind die genauen Voraussetzungen für die Anerkennung von Spitzensportlern als Härtefälle bei der zentralen Vergabe von Studienplätzen in numerus-clausus-Fächern?

90. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei der Einbeziehung von Spitzensportlern in die Härtefallregelung bei der zentralen Vergabe von Studienplätzen in numerus-clausus-Fächern bei Vorliegen aller übrigen Voraussetzungen nur solche Spitzensportler berücksichtigt werden, deren schulische Leistungen in den letzten Jahren vor dem Abitur nachgelassen haben, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Regelung angesichts der Tatsache, daß die für die Beurteilung einer Leistungsveränderung durch Konzentration auf den Spitzensport heranzuziehende frühere Vergleichsbenotung ebenfalls schon durch einen hohen sportlichen Trainingsaufwand des Schülers beeinflußt war?

91. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Tatsache, daß an berufsbildenden Schulen Sportunterricht nur in geringem Umfang erteilt wird, und was unternimmt die Bundesregierung, um im Zusammenwirken mit den Bundesländern an allen berufsbildenden Schulen obligatorischen Sportunterricht einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

92. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung im Gegensatz zur amerikanischen und norwegischen Regierung bisher keine konkreten Maßnahmen unternommen hat, um der Verletzung der Menschenrechte durch kommunistische Staaten entgegenzuwirken, und wenn ja, beruht diese Tatsache auf der von Staatssekretär Gaus im „Spiegel"-Interview vom 31. Januar 1977 empfohlenen Haltung, auf den Gestus als Sachwalter aller Unterdrückten zu verzichten, und ist deshalb damit zu rechnen, daß diese Unterdrückten in kommunistischen Staaten zukünftig die Bundesregierung nicht als Sachwalter ihrer Rechte empfinden dürfen?

93. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Bedeutet diese von Staatssekretär Gaus verkündete Haltung nicht den freiwilligen Verzicht der Bundesregierung, darauf zu achten, daß die kommunistischen Staaten ihre innerhalb der UNO-Charta, der KSZE-Vereinbarungen und der Ostverträge eingegangenen Verpflichtungen auch einhalten, und wie will die Bundesregierung gegebenenfalls den Vorwurf vermeiden, die menschenrechtswidrigen Maßnahmen kommunistischer Regime gegenüber Bürgerrechtlern und Ausreisewilligen durch Duldung gefördert zu haben?

94. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin die gegenwärtige Regelung des Zugangs zur Ständigen Vertretung als normal bezeichnet hat, obwohl Besucher immer noch nach dem Verlassen kontrolliert und ihre Personalien aufgenommen werden, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Ost-Berlin es als Hinnahme seiner rechtswidrigen Praktiken verstehen muß, wenn diese als normal bezeichnet werden?

95. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Qualität der Verbindlichkeit des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 31. Juli 1973 für die Bundesregierung angesichts der Feststellung von Staatssekretär Günter Gaus, daß „wir uns davor hüten müssen, das Karlsruher Urteil als Fessel und nicht als Rahmen zu nehmen"?

96. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Staatssekretär Gaus, daß die Bundesrepublik Deutschland die Bereitschaft entwickeln müsse, sich von der DDR „sagen zu lassen, was sie derzeit für möglich hält und derzeit für nicht machbar ansieht", und bedeutet dies nicht bejahendenfalls, daß es ins Belieben der DDR gestellt wird, wie weit sie ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen will?

97. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Worauf führt die Bundesregierung zurück, daß, entsprechend den Äußerungen des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, „die Schwierigkeiten, die wir derzeit mit der DDR haben, . . . größer (sind) als irgendwann in den letzten Jahren"?

98. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Seit wann sind dieser oder früheren Bundesregierungen seit 1969 entsprechende Hinweise und Informationen über die Vergangenheit des Leiters der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Dr. Michael Kohl, bekannt?

99. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, Staatssekretär Gaus, daß für die Staatsangehörigkeitsfragen abweichend von der bestehenden Rechtslage neue Lösungen und Verhaltensweisen gefunden werden müssen?

100. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Was bedeutet nach Auffassung der Bundesregierung die Bemerkung von Staatssekretär Gaus über den Verzicht auf den „Gestus des Sachwalters aller Unterdrückten", und wie ist eine solche Bemerkung mit der Schutzpflicht vereinbar, die der Bundesregierung gegenüber allen Deutschen obliegt?

101. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Leiters der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, Staatssekretär Gaus, daß es die Normalisierung beende, wenn eine Seite versuche, die andere Seite absichtsvoll zu schwächen, und bedeutet dies bejahendenfalls angesichts der mit Millionenaufwand betriebenen absichtlichen Unterminierung der Bundesrepublik Deutschland durch die Politik der DDR nicht, daß die Normalisierung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR von letzterer längst beendet worden ist?

102. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU)

Was bedeutet nach Auffassung der Bundesregierung die Äußerung von Staatssekretär Gaus in seinem „Spiegel"-Interview, daß „beide Seiten, die DDR uns und wir die DDR, einander so nehmen (müssen), wie sie sind", und bedeutet dies den Verzicht der Bundesregierung auf eine Einwirkung im Sinn einer Änderung des menschenrechtsfeindlichen Systems in der DDR?

103. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der Lage, die Behauptung des Leiters der Berlin-Abteilung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, Hermann Kreutzer, zu bestätigen, daß der DDR-Vertreter in Bonn, Dr. Michael Kohl, in den Jahren 1949/50 „dem NKWD der sowjetischen Besatzungsmacht sozialdemokratische Studenten denunziert" habe, die später in Lagern und Zuchthäusern ums Leben gekommen seien, und ist die Bundesregierung bejahendenfalls bereit, die Regierung in Ost-Berlin zur Abberufung ihres Vertreters in Bonn aufzufordern?

104. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung in der Zwischenzeit ihren Staatssekretär Gaus, den Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, über die Verbindlichkeit von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts für die Organe und Behörden der Bundesrepublik Deutschland aufgeklärt?

105. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Wie weit ist der „Lernprozeß" im Umgang mit den in Gang gekommenen Entwicklungen, den Staatssekretär Gaus im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland für notwendig hält, bei der Bundesregierung fortgeschritten?

106. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Empfände die Bundesregierung einen Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn als Provokation, wenn sich herausstellen sollte, daß er als Spitzel des Staatssicherheitsdienstes bzw. der Sowjets Studenten in der DDR denunziert hat, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

107. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Sowjets den Aufenthalt des Bundesministers des Auswärtigen im Land Berlin anläßlich der Besuche des französischen Außenministers und des amerikanischen Vizepräsidenten als „Aktion zur klaren Verletzung" des Viermächteabkommens über Berlin bezeichnet haben, und was hat die Bundesregierung – bejahendenfalls – gegen diese ihrerseits eine Verletzung des Abkommens darstellende Haltung der östlichen Signatarmacht unternommen?

108. Abgeordneter **Dr. Jens (Voerde)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Öffentlichkeit und von der Regierung der Vereinigten Staaten vorgetragenen Bedenken gegen die Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage für Atomkraftwerke an Brasilien?

109. Abgeordneter **Dr. Jens (Voerde)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, die Genehmigung auf Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage an Brasilien zu überprüfen?

110. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Trifft es zu, daß das Auswärtige Amt die Entscheidung der französischen Regierung, künftig keine „sensitiven" Anlagen mehr zu exportieren, begrüßt hat, und welche Folgerungen ergeben sich hieraus für die Bundesregierung für ihre künftige Haltung beim deutschen Exportgeschäft im Bereich der Kernenergie?

111. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Umweltschutz der Meere eine übernationale Aufgabe ist, und was wird sie gegebenenfalls unternehmen, um – unter Umständen gemeinsam mit anderen Regierungen in Europa – auf die italienische Regierung einzuwirken, umgehend mit der Bergung der bereits im Juli 1974 vor der apulischen Küste mit dem Schiff „Cavtat" gesunkenen giftigen Bleitetraäthylfässer zu beginnen, um der unmittelbar bevorstehenden Gefahr einer Vergiftung der gesamten Adria zu begegnen?

112. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Welche Rundfunkstationen verbreiten täglich von den Ländern des Ostblocks aus Sendungen in deutscher Sprache?

113. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

In welchem Verhältnis steht die Wochenstundenzahl der Auslandssendungen von Radio Moskau zur Wochenstundenzahl der Auslandssendungen der Deutschen Welle?

114. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Welche Sendungen der Deutschen Welle und des Deutschlandfunks werden von sowjetrussischen, bulgarischen oder tschechoslowakischen Funkstationen gestört?

115. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung feststellen, ob sich die von den Sendern des Sowjetblocks ausgehenden deutschsprachigen Sendungen in die innerdeutschen Verhältnisse einmischen oder nicht?

116. Abgeordneter **Dr. Waigel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gewillt, sowjetische Angriffe abzuwehren, die den Sendungen der Deutschen Welle oder des Deutschlandfunks Eingriffe in die inneren Verhältnisse der Sowjetblockländer vorwerfen, obwohl sie selbst deutschsprachige Sendungen durchführen, die sich permanent in die innenpolitischen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland einmischen?

117. Abgeordneter **Klein (München)** (CDU/CSU)

Vertritt die Bundesregierung die Anschauung, daß die ungestörte Übertragung wahrheitsgemäßer Informationen durch Rundfunksendungen jenen Bestimmungen der KSZE entspricht, die sich unter dem Titel der Zusammenarbeit „in humanitären und anderen Bereichen“ dem Thema der freien Information widmet?

118. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bewogen, in ihren Erklärungen „Zehn Jahre diplomatische Beziehungen mit Rumänien“ – Telegramm und Aufsatz des Bundesaußenministers (Bulletin Nr. 8/1977) – die so schwierige und zum Nachteil der Betroffenen ungelöste Frage der Familienzusammenführung und Heiratserlaubnis nicht offen beim Namen zu nennen?

119. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Stimmt die Bundesregierung darin mit mir überein, daß die politischen Verhältnisse in Namibia sich so weitgehend geändert haben und ändern, daß die lang diskutierten Fragen, Schließung des Konsulats, allmählicher Entzug der finanziellen Unterstützung für die deutsche Schule in Windhuk und Kündigung der Gültigkeit des südafrikanischen Kulturabkommens für Namibia in diesem Sinn entschieden werden könnten?

120. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, in Südafrika eine ähnliche Einrichtung zu schaffen, wie sie die katholische Kirche mit Rücksicht auf ihre Schulen verwirklicht hat, nämlich die unbehinderte Aufnahme schwarzer Kinder zu gewähren?

121. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der weltweit alarmierenden Zunahme der Verluste von Tankern und der damit einhergehenden gravierenden Umweltverschmutzung den Vorschlag, zur nachhaltigen Erhöhung der Tankersicherheit eine internationale Konvention über einheitliche Bau- und Betriebsvorschriften für Tanker aufzulegen, die für neue Tanker und als Umbauvorschriften für existierende Tankschiffe zum Beispiel doppelte Tankerböden- oder -rümpfe, doppelte Maschinen- und Steuerungs- sowie Radarausrüstungen, separate Ballasttanks und andere bisher als „zu teuer“ deklarierte Verbesserungen bindend vorschreibt, und beabsichtigt sie – gegebenenfalls auch mit den anderen EG-Mitgliedstaaten – zur Verwirklichung dieses Vorschlags initiativ zu werden?

122. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß durch den deutsch-brasilianischen Vertrag 250 000 Arbeitsplätze langfristig gesichert werden, und was unternimmt die Bundesregierung, um die ordnungsgemäße Erfüllung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen sicherzustellen?

123. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der sowjetische Botschafter Ost-Berlins bei den drei Schutzmächten gegen die Anwesenheit des Bundesministers des Auswärtigen in Berlin aus Anlaß der Besuche des französischen Außenministers und des amerikanischen Vizepräsidenten vorstellig geworden ist und ferner beanstandet hat, daß der Generalbundesanwalt die Ermittlung im Zusammenhang mit der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden führt, und teilt – bejahendenfalls – die Bundesregierung die Auffassung, daß die Sowjetunion damit erneut das Viermächteabkommen verletzt, das die Aufrechterhaltung und Entwicklung der Bindungen zwischen dem Bund und dem Land Berlin ausdrücklich vorsieht?

124. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Pressemitteilungen (Deutsche Tagespost vom 28./29. Januar 1977, Sonntagsbeilage Seite 3) bestätigen, nach denen Guerillaführer der kommunistisch beeinflußten „Südwestafrikanischen Volksorganisation" (SWAPO) seit Monaten an Lehrgängen für Unteroffiziere und Offiziere der NVA in Magdeburg teilnehmen, nach denen ferner Pläne bestehen, bei einer militärischen Aktion gegen die Hauptstadt von Südwestafrika, Windhuk, zwei Panzerregimenter der NVA mit entsprechender infanteristischer und artilleristischer Unterstützung einzusetzen, und nach denen sich schließlich Stäbe dieses neuen deutschen Afrikakorps bereits in Luanda etabliert haben?

125. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung bejahendenfalls im Hinblick auf ihre Verantwortung für die in Südwestafrika lebenden deutschen Staatsangehörigen in dieser Angelegenheit zu unternehmen?

126. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Hat die Regierung der UdSSR bei der Alliierten Kommandantur in Berlin dagegen protestiert, daß der amerikanische Vizepräsident, Walter Mondale, bei seinem Berlin-Besuch durch den Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, begleitet wurde?

127. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Existieren offizielle Proteste der sowjetischen Regierung gegen die Ermittlungen, die Generalbundesanwalt Siegfried Buback nach der Entführung des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Peter Lorenz, vorgenommen hat?

128. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die im Nuklearvertrag vom 27. Juni 1975 Brasilien gegenüber übernommenen Verpflichtungen voll und ganz erfüllen, einschließlich der Lieferung der Anreicherungsanlage und der Wiederaufbereitungsanlage?

129. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Staatssekretäre Dr. Hermes vom Auswärtigen Amt und Haunschild vom Bundesministerium für Forschung und Technologie in Kürze nach Washington reisen werden, um über die Änderung des deutsch-brasilianischen Nuklearvertrags oder einen eventuellen Zusatzvertrag zu verhandeln?

130. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, die auch der frühere amerikanische Außenminister Kissinger nunmehr geäußert hat („Spiegel" vom 31. Januar 1977, Seite 90), „daß Wirtschaftsprogramme, die an bestimmte außenpolitische Projekte gekoppelt sind, die Möglichkeit bieten, spezifische außenpolitische Abkommen auch zu treffen, Anreize zur Zusammenarbeit, Anreize zur Zurückhaltung darstellen", daß also Wirtschaftsabkommen mit Ostblockstaaten auch mit gleichwertigen politischen und humanitären Gegenleistungen zu verknüpfen sind?

131. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen vom 16. Dezember 1966 jeden Vertragspartner berechtigen, die Einhaltung ihrer Bestimmungen von jedem anderen Vertragspartner gegenüber allen Menschen in dessen Machtbereich unabhängig von den Verfahrensvorschriften dieser Pakte zu fordern, und wenn ja, verhält sich die Bundesregierung entsprechend?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung eine „zufriedenstellende Bilanz" der deutsch-rumänischen Beziehungen zieht, und wie rechtfertigt – bejahendenfalls – die Bundesregierung dies angesichts der Verletzungen der Vereinbarungen von Helsinki durch Rumänien, insbesondere angesichts der Ausreise- und Besuchsverweigerungen für Deutsche?

2. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, in konkreten Fällen, in denen vom Arbeitsamt einem Betrieb binnen eines Jahrs keine deutschen Fachkräfte vermittelt werden können, ausländischen Arbeitnehmern trotz Anwerbestopp eine Arbeitserlaubnis erteilen zu lassen?

3. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Zustandekommen des europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus vom 10. November 1976 und der Asylresolution des Ministerkomitees des Europarats über „Asyl für Personen in Gefahr vor Verfolgung" vom 29. Juni 1976, im Europarat auf die Schaffung eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 bzw. einer eigenständigen Asylkonvention mit dem Ziel der Verankerung eines individuellen Asylrechts für politische Flüchtlinge hinzuwirken, die als Modell für eine weltweite Asylkonvention dienen könnte?

4. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat die Regierung der Volksrepublik Polen angesichts der ständigen Angriffe in den polnischen amtlichen Medien (vgl. z. B. BPA/Ostinformationen Radio Warschau am 28. Januar 1977) gegen die alle Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland bindenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu den Ostverträgen und dem kürzlichen Urteil des Bundessozialgerichts, daß die Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht Ausland sind, Vorstellungen bei der Bundesregierung erhoben, wenn ja, mit welchem Inhalt und welcher Reaktion der Bundesregierung?

5. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Staaten haben den internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16. Dezember 1966 und den internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966 sowie die jeweils dazugehörigen Protokolle bis jetzt ratifiziert?

6. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft das der Kommission der Europäischen Gemeinschaft erteilte Mandat zur Verhandlung mit dritten Ländern über Fischereirechte für die Verhandlungen mit der Sowjetunion der britischen Regierung übertragen und diese sogar zur Lizenzerteilung ermächtigt hat, und wie rechtfertigt die Bundesregierung gegebenenfalls ihre Mitwirkung an diesem – eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Europäischen Gemeinschaft darstellenden – Zugeständnis an die Sowjetunion?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

7. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Treffen Informationen zu, wonach in der DDR beabsichtigt ist, gegenüber Helmstedt radioaktiven Müll zu lagern, und wenn ja, welches Gefährdungspotential ergibt sich daraus auch für die Bundesrepublik Deutschland?

8. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Warum sind im neuen Statistischen Jahrbuch 1976 die Ostgebiete des deutschen Reichs nicht mehr ausgewiesen, und warum werden diese Gebiete als Ausland gerechnet?

9. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Liegen neuere Forschungsergebnisse vor, welche Phosphatmengen, von wem und mit welchem jeweiligen Prozentanteil dem Bodensee jährlich zugeführt werden, und wie ist deren Wirkung auf den Sauerstoffhaushalt des Bodensees zu beurteilen?

10. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß die vom Bund in Rechnung gestellte Pauschale von 650 DM je Flugstunde für Rettungshubschrauber des ADAC und DRK im November 1976 um mehr als 20 Prozent auf 800 DM erhöht worden ist?

11. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Nimmt die Bundesregierung in Kauf, daß durch diese starke prozentuale Erhöhung die segensreiche Tätigkeit der Rettungshubschrauber unter Umständen eingestellt werden muß, wie dies voraussichtlich mit dem in Villingen-Schwenningen stationierten Rettungshubschrauber „Christopf 11" der Fall ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

12. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die großen Belastungen, die der Justiz und der Polizei bei der Erzwingungshaft für zahlungsunwillige Verkehrssünder entstehen, und welche gesetzgeberischen Konsequenzen wird sie gegebenenfalls daraus ziehen?

13. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Welches Ergebnis haben die Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Ermordung von Joachim Peiper in Traves/Frankreich gehabt, und was hat die Bundesregierung unternommen, um den Hinterbliebenen zu helfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

14. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die 7b-Abschreibung auch für den Erwerb von Altbauwohnungen/Altbauten einzuführen?

15. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

An welche Voraussetzungen wird – bejahendenfalls – die Möglichkeit zur Nutzung der 7b-Abschreibung beim Erwerb von Altbauwohnungen/Altbauten gebunden sein, und wann (auch rückwirkend?) ist mit einer gesetzlichen Regelung zu rechnen?

16. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, durch eine eindeutige Stellungnahme dafür Sorge zu tragen, daß die Bundesvermögensverwaltungen dann, wenn Versorgungs- und Entsorgungsleitungen durch die Kommunen durch Grundstücke, die im Eigentum des Bundes stehen, geleitet werden müssen, für solche Inanspruchnahme bundeseigener Grundstücke keine finanziellen Durchleitungsentschädigungen zu fordern?

17. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei ihrer Stellungnahme die Befürchtungen des Abwasserverbands Bayerische Bodenseegemeinden zu berücksichtigen, daß, wenn der Bund für die Durchleitung eines überörtlichen Abwasserkanals durch ein ihm gehörendes Grundstück Durchleitungsentschädigung verlangt, auch die privaten Grundstückseigentümer, die bisher auf solche Entschädigung verzichtet haben, künftig finanzielle Forderungen stellen würden und damit die Kosten für solche Anlagen sich erheblich verteuern würden?

18. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Kann die Aussage des Bundesfinanzministers Dr. Apel in der letzten Sendung der Fernsehreihe „Journalisten fragen – Politiker antworten", daß mit Mitteln des in der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 angekündigten mittelfristigen Konjunkturprogramms die Sanierung des Bodensees gefördert werden soll, mit Hinweisen über die Höhe der Förderung präzisiert werden?

19. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat der Tarifabschluß in der Metallindustrie auf die Geldentwertung, und wie erklärt die Bundesregierung die unterschiedlichen Beurteilungen durch den Bundeswirtschaftsminister und den Bundesarbeitsminister, sowie die zwei gegensätzlichen Äußerungen des Bundesfinanzministers?

20. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Welche steuerlichen Begünstigungen, die befristet waren, sind seit 1969 verlängert worden und hinsichtlich welcher dieser Begünstigungen sind vor der Verkündung des entsprechenden Gesetzes oder der entsprechenden Verordnung Anweisungen an die Finanzbehörden ergangen, daß für die Bemessung der Vorauszahlungen von einer Verlängerung der Begünstigung ausgegangen werden könne?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

21. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die besonders hohe Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Gebieten, z. B. im ostbayerischen Grenzgebiet, wirksam abzubauen?

22. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei Ostimporten im Christbaumschmuck (Rohartikel) durch Veredlungsmaßnahmen der Qualitätsbegriff „Made in Germany" mißbräuchlich verwendet wird, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

23. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Ausarbeitung des Konjunkturprogramms die wirtschaftsschwachen Gebiete besonders zu berücksichtigen, vor allem bei Anlagen des Umwelt- und Gewässerschutzes, um damit die Belastung dünn besiedelter Gebiete nicht über die der Ballungsgebiete ansteigen zu lassen?

24. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Welche Verwaltungsüberlagerungen und Zuständigkeitsverflechtungen, die Verfahrensverzögerungen zur Folge haben, ergeben sich aus den Gemeinschaftsaufgabengesetzen, in welchem Umfang entsteht dadurch Verwaltungsmehraufwand gegenüber einer ausschließlichen Verwaltung der Mittel durch den Bund oder ein Land, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen Verwaltungsmehraufwand zu verringern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

25. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Fällen der Evakuierung während des zweiten Weltkriegs heute Lücken im Versicherungsleben auftreten, die häufig nur durch umfangreiche Recherchen oder gar nicht geschlossen werden können, und hat die Bundesregierung einen Überblick, wie hoch die Zahl der betroffenen Versicherten ist?

26. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob beabsichtigt ist, das Versehrtensportsanatorium Isny aus dem Kurausgleich herauszunehmen, und welche Gründe im einzelnen haben zu einer solchen Maßnahme geführt?

27. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Fortführung dieses bewährten Sanatoriums für heilgymnastische Kuren Schwerbehinderter für die Zukunft gewährleistet werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

28. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Plant die Bundesregierung im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung nunmehr doch die Zusammenfassung der drei Kreiswehrersatzämter im Saarland zu einem Großamt mit Facharztstation in Saarbrücken, und wenn ja, welche Gründe veranlassen die Bundesregierung dazu, und bis zu welchem Zeitpunkt ist die Einrichtung eines Großamts vorgesehen?

29. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Auflösung der Kreiswehrersatzämter Saarlouis und St. Wendel mit der vom Saarland geforderten Bundespräsenz für vereinbar, und wird die durch die Auflösung dieser beiden Kreiswehrersatzämter in ihren jetzigen Zuständigkeitsbereichen zu befürchtende Verschlechterung des Arbeitsplatzangebots in Kauf genommen bzw. werden die Belange der Wehrpflichtigen durch ein Großamt ausreichend berücksichtigt?

30. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Weshalb nehmen die Untersuchungen über den Unfall am 16. Mai 1976, bei dem eine F 4 Phantom der Bundesluftwaffe einen Motorsegler rammte, einen so außergewöhnlich langen Zeitraum in Anspruch, obwohl das Luftfahrtbundesamt schon gleich nach dem Unfall feststellte, daß die Luftwaffen-Phantom nicht die in RAC 3.3.2 veröffentlichte Mindestflughöhe für militärische Strahlflugzeuge von 5000 ft eingehalten und deshalb den vorschriftsmäßig in 3500 ft fliegenden Motorsegler von rechts hinten gerammt hat?

31. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß durch unverzügliche Vorlage des Berichts die Versorgungsansprüche der hinterbliebenen Familien möglichst rasch erfüllt werden können, oder wird sie für den Fall, daß die Berichtsvorlage noch nicht absehbar ist, durch angemessen hohe Vorauszahlungen die Notlage der Hinterbliebenen mildern?

32. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Erhält die Gesellschaft für Wehrkunde direkt oder indirekt öffentliche Mittel und wenn ja, zu welchen Zwecken und in welcher Höhe?

33. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die fortschreitende Spezialisierung der Führungsfunktionen in modernen Streitkräften konkretisieren, die eine stärkere Entwicklung zu Kooperation und beratender Mitwirkung bei Führungsstil und Führungsverfahren nach Auffassung der Bundesregierung erforderlich macht?

34. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung zur Demokratisierung der Bundeswehr eine Gesetzesinitiative zur Novellierung oder eine inhaltlich neue Auslegungspraxis des Soldatengesetzes für geboten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

35. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Auffassung von Dr. Spiegelhalter, Finanzdirektor des Deutschen Caritasverbands, daß „die Auswirkungen des geltenden Krankhausfinanzierungsgesetzes und der Bundespflegesatzverordnung" sich immer mehr als ein Instrument zur „Erdrosselung" der freigemeinnützigen Krankenhäuser statt zu deren Förderung erweisen, und daß die Verlagerung aller wichtigen Investitionsentscheidungen auf behördliche zentrale Planungsstellen sowie die Vernichtung der Eigensubstanz freier Träger jede Initiative lähme, dadurch eine schnelle Anpassung an den sich ändernden Bedarf verhindert wird und in vielfacher Weise die sogenannte Kostenexplosion verstärkt werde, die letztlich zu Lasten des Patienten geht?

36. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Ideen, um die eigenverantwortliche Initiative der Krankenhäuser zu verbessern und eine vorrangige Förderung mittelfristiger Investitionen, die der Rationalisierung und Kostensenkung dienen, zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

37. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, die Konsequenzen aus dem auf dem 15. Verkehrsgerichtstag in Goslar vorgelegten Gutachten von Professor Müller-Limmroth zu ziehen, und gegebenenfalls welche, wonach zur Sicherheit im Straßenverkehr eine Neufestsetzung der Sehschärfentestgrenze auf 1,0 und eine laufende Überprüfung der Autofahrer durch Sehtests notwendig sei?

38. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, das Transitabkommen mit der Republik Österreich dahin gehend zu ändern, daß der Schwerlastverkehr zukünftig über die Autobahnstrecke Salzburg–Rosenheim–Kufstein geleitet und das sog. Deutsche Eck vom Durchgangsverkehr weitgehend entlastet wird?

39. Abgeordneter **Vogt (Düren)** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu den Planungen der Deutschen Bundesbahn, die auf eine Trassenverlegung für die Strecke Köln-Frankfurt abzielen, und wann rechnet die Bundesregierung mit dem Abschluß der Planungen?

40. Abgeordneter **Vogt (Düren)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang ist die Stadt Wesseling/Rhein von den Planungen der Deutschen Bundesbahn betroffen, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kosten für die erforderlichen Maßnahmen zur Realisierung der Planung einer Trassenführung durch die Stadt Wesseling/Rhein im Gegensatz zur Ausführung von Alternativplanungen?

41. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie ist der Stand der Planungen durch die Deutsche Bundesbahn im Hinblick auf die Trassenführung der Bundesbahnstrecke Köln–Groß-Gerau–Mannheim, und hat die Bundesregierung alles getan, um insbesondere auch die ökologischen Gesichtspunkte bei diesen Planungen im gebührenden Maße zu berücksichtigen?

42. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang beteiligt sich der Bund an der Finanzierung des Ausbaus der Ingolstädter Straße in München zwischen Heidemannstraße und Stadtgrenze?

43. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Kann nach Ansicht des Bundesverkehrsministers wie geplant noch im Jahr 1977 mit dem Bau der Autobahn Würzburg – Ulm im Bereich Biebelried begonnen werden, und wird der Bundesverkehrsminister für den Fall, daß dies entgegen den Erwartungen nicht der Fall sein würde, ersatzweise den Beginn der Bauarbeiten beim Feuchtwanger Kreuz veranlassen?

44. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Ist der Bundesverkehrsminister wegen der besonderen Lage des Flughafens Stuttgart-Echterdingen, die eine Erfüllung der Richtlinien über die Hindernisfreiheit für Start- und Landebahnen auf Verkehrsflughäfen nicht möglich macht, bereit, seine im Jahr 1971 bis auf weiteres erteilte Ausnahmegenehmigung zu verlängern, z. B. bis zur Einführung eines neuen Landeverfahrens, welches das jetzt noch praktizierte Instrumentenlandesystem (ILS) ablösen soll?

45. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß weder die vorhandene Start- und Landebahn des Verkehrsflughafens Stuttgart-Echterdingen, noch die mit dem sogenannten 4-Phasen-Plan max. vorgeschlagene Verlängerung der Bahn um 1380 m nach Osten den ICAO-Sicherheitsregeln entspricht und daß deshalb nur eine völlige Verlegung der Bahn den ICAO-Sicherheitsregeln entsprechen würde, und bestehen hier nach nationalen Vorschriften noch strengere Anforderungen?

46. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wird der Bundesverkehrsminister für den Fall, daß die Ausnahmegenehmigung nicht verlängert wird, für den Verkehrsflughafen Stuttgart-Echterdingen die von der ICAO festgelegte Hindernisfreiheitsfläche von 1 : 40 anordnen, oder welche Anstiegsflächensteigung wird er zulassen?

47. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Warum müssen nach Auffassung des Bundesverkehrsministers stets die Forderungen nach Hindernisfreiheit für die Betriebsstufe I erfüllt sein, auch wenn von vornherein die Einrichtung eines ILS der Betriebsstufe II geplant sein sollte, und ist es richtig, daß der Bundesverkehrsminister die Zielsetzung hat, bei allen deutschen Verkehrsflughäfen den Allwetterflugbetrieb der Betriebsstufe II einzuführen, nachdem die Betriebsstufe I bei allen deutschen Flughäfen erreicht worden ist, jedoch in Stuttgart-Echterdingen nur für Landungen von und Starts nach Osten und nachdem der IFR-Luftverkehr auch in Zukunft überwiegend nach Betriebsstufe I des Allwetterflugbetriebs durchgeführt werden wird?

48. Abgeordneter **Dr. Schwenk (Stade)** (SPD)

Treffen Zeitungsberichte zu, wonach bei einem Ausbau der Hamburger S-Bahnstrecke von Hamburg-Mitte bis Neugraben die Bahnhöfe Unterelbe, Tempowerke und Hausbruch aufgelöst und für die Einpendler nach Hamburg aus Richtung Stade-Buxtehude in Neugraben ein gebrochener Zugverkehr mit erheblichem Zeitverlust entsteht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

49. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wie ist der Stand der Planungen für den Ausbau der Kreisstraße 37/31 bei Sinzheim/Baden mit Beseitigung eines schienengleichen Bahnübergangs an der Bundesbahn Baden-Baden–Bühl, insoweit der Bund beim Genehmigungsverfahren dieser Maßnahme beteiligt ist?

50. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Überfliegen von Raffinerien und anderen Firmen, die in großem Umfang Äthylene gewinnen, in ähnlicher Weise, wie das bei Atomkraftwerken aus Sicherheitsgründen der Fall ist, zu beschränken, um besondere zusätzliche Gefahren zu vermeiden?

51. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wann werden die erforderlichen technischen Untersuchungen abgeschlossen sein, die einer Novellierung der Straßenverkehrs-Ordnung zur Klarstellung in § 45 Abs. 1 im Hinblick auf die Möglichkeit, zur Herabsetzung des Straßenverkehrslärms Geschwindigkeitsbeschränkungen anzuordnen, vorausgehen?

52. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung gegen gewerbliche Presseerzeugnisse, deren Impressum und Aufmachung den Eindruck vermitteln, als handle es sich um amtliche oder halbamtliche Organe der Bundesregierung, wie z. B. die „Wandzeitung für Verkehrserziehung", wodurch sich gutgläubige Inserenten bereit finden, für darin erscheinende Anzeigen unangemessen hohe Preise zu bezahlen?

53. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Ist seitens der Bundesregierung daran gedacht, im angekündigten Investitionsprogramm der Bundesregierung wegen der hohen Arbeitslosigkeit im Bereich Wilhelmshaven und Friesland die Schaffung einer neuen Bahnhofsanlage in der Stadt Wilhelmshaven zu berücksichtigen?

54. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Verkehrsinvestitionen sind in den nächsten Jahren im Bereich des Lahn-Dill-Kreises geplant?

55. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den schnellstmöglichen Ausbau der Bundesautobahn von Olpe bis Bad Hersfeld, der für die Entwicklung dieses Raums von außerordentlicher Bedeutung ist?

56. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß vor Abschluß der Beratungen der Staatssekretärskommission über die Verringerung des Streckennetzes der Deutschen Bundesbahn den betroffenen Abgeordneten des Deutschen Bundestages Gelegenheit gegeben wird, zum Schicksal der durch ihren Wahlkreis führenden Strecken der Deutschen Bundesbahn in der Kommission angehört zu werden?

57. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie hoch liegen die Einnahmen und Ausgaben für die Bundesbahnstrecke Grafenwöhr-Eschenbach/ Oberpfalz?

58. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die einzelnen Positionen für die Bundesbahnstrecke Grafenwöhr–Eschenbach für Betrieb (aufgeschlüsselt nach Personal- und reinen Betriebskosten), Streckenunterhalt und Verwaltung?

59. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es am deutsch-österreichischen Grenzübergang Kiefersfelden-Kufstein (Landkreis Rosenheim) sowohl im Pkw-Verkehr wie auch im Lkw-Verkehr wiederholt zu kilometerlangen Stauungen und zu stundenlangen Wartezeiten bei der Ein- und Ausreise (Pkw bis zu dreieinhalb Stunden, Lkw bis zu vierzig Stunden) kommt, und trifft es zu, daß der Lkw-Stau u. a. dadurch entsteht, daß die italienischen Abfertigungsbehörden am Brenner nur soviel deutsche Lkw einreisen lassen, wie sich italienische Lkw zur jeweiligen Zeit in der Bundesrepublik Deutschland befinden, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

60. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Was kann die Bundesregierung tun, um in Zusammenarbeit mit den zuständigen bayerischen, österreichischen und italienischen Behörden diesen Mißständen alsbald abzuhelfen?

61. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung eine Auflösung des Postamts Herzogenrath-Mitte und die Abgabe der dortigen Postdienste an das Hauptpostamt Aachen?

62. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen wird dies – im Falle der Bejahung der Frage – auf die anderen Postämter der Stadt Herzogenrath haben, und wie soll die Bedienung der Bevölkerung dieser Stadt in der Zukunft geregelt werden?

63. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es infolge der hohen Gebühren für Standleitungen der Deutschen Bundespost für EDV-Anlagen laufend zur Konzentration von Verwaltungsarbeiten bei den Zentralen von überregionalen Unternehmen kommt und dadurch Arbeitsplätze gerade in strukturschwachen Gebieten verlorengehen, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

64. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Wann ist mit der Umstellung auf den Nahverkehrstarif im Bereich der Ortsnetze Wermelskirchen und Dabringhausen zu rechnen, damit Ferngespräche innerhalb einer neugegliederten Stadt von ca. 35 000 Einwohnern vermieden werden?

65. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung jetzt in der Lage, bei der Bildung von Nahbereichen durch den Zusammenschluß mehrerer Ortsnetze zu einem einheitlichen Tarifgebiet im deutsch-schweizerischen Grenzbereich Nahbereiche zu bilden, die flächengleich mit den Nahbereichen im Landesinnern sind und damit Diskriminierungen, die bisher vorgeschlagene Regelungen mit sich brächten, vermeiden?

66. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Was ist seitens des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen seit dem Zeitpunkt der Besprechung Anfang Dezember 1976 zwischen Bundesminister Gscheidle, den Vertretern der Deutschen Bundespost, der Stadt Wilhelmshaven und der Nordwestdeutschen Kraftwerke in Wilhelmshaven unternommen worden, um die jahrelangen Verhandlungen wegen des schlechten Fernsehempfangs für über 700 Familien in Wilhelmshaven in absehbarer Zeit erfolgreich zum Abschluß zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

67. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die nachweisbare Strukturschwäche Westmittelfrankens und Hohenlohe-Frankens wegen der im Bundesraumordnungsprogramm vorgenommenen Aufrechnung mit den Strukturdaten der Wirtschaftsräume Nürnberg und Heilbronn/Stuttgart in der Praxis nicht angemessen berücksichtigt wird, und wird die Bundesregierung Bemühungen unterstützen, die beiden entwicklungsbedürftigen Regionen Westmittelfranken und Hohenlohe-Franken zu einer raumordnungsmäßigen Gebietseinheit zusammenzufassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

68. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung auch der Auffassung, „daß die DDR-Führung überfordert sei, der Unterschrift, die SED-Generalsekretär Erich Honecker unter die Schlußakte von Helsinki geleistet hat, restlos Folge zu leisten", und wenn ja, womit wird eine solche Einstellung begründet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

69. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft über den Stand der Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Kohleverflüssigung in der Bundesrepublik Deutschland und den USA geben?

70. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann damit gerechnet werden, daß in absehbarer Zeit zur Ergänzung der Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung mit der Kohlehydrierung begonnen wird, und wenn nicht, was sind die Gründe?

71. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß auf dem Sektor der Arbeit von Forschung und Wissenschaft im Verantwortungsbereich des Bundes seit Jahren eine restriktive Personalpolitik betrieben wird, obwohl der wirtschaftliche Fortschritt und die soziale Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend von den Ergebnissen der Arbeit von Forschung und Wissenschaft abhängig sind, und ist

die Bundesregierung bereit, ihre bisherige Personalpolitik auf diesem Sektor einzustellen und für das Haushaltsjahr 1978 die Mittel in den Etat einzusetzen, die erforderlich sind, z. B. die Bundesforschungsanstalten in Braunschweig in die Lage zu versetzen, ihrem gesetzlich festgelegten Forschungs- und Wissenschaftsauftrag nachzukommen?

72. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Aufstellung über die Stellenanforderungen der Bundesforschungsanstalten und die Bewilligungen bzw. Ablehnungen dieser Anforderungen durch die Bundesregierung für die Jahre 1970 bis 1977 vorzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

73. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Über welche Informationen verfügt die Bundesregierung in bezug auf die Zahl und berufliche Struktur der Benutzer des Berufsbildungspasses?

74. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Welche Informationen bezieht die Bundesregierung darüber, welche Bildungseinrichtungen ihre Teilnahmebescheinigungen bzw. Zertifikate auf eine Einfügung und Nutzung im Rahmen des Berufsbildungspasses abgestellt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

75. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung mit der Forderung des DGB-Vorsitzenden Vetter überein, durch einen Untersuchungsausschuß „die Praktiken deutscher Investitoren in Westafrika untersuchen" zu lassen und an die Regierung in Südafrika keine Kredite und Darlehen mehr zu gewähren, da die schwarzen Arbeitnehmer nicht weiter „von Unternehmern ausgebeutet" werden dürften, obwohl andererseits an Polen, wo sich die Ausbeutung und Unterdrükkung der Arbeiter bereits sehr deutlich in Demonstrationen und Streiks offenbart, ein Milliardenkredit gewährt worden ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Bonn, den 4. Februar 1977